

RESOLUTION

17. Parlamentsforum Südliche Ostsee

– Schwerin, 23. - 25. 06. 2019 –

Die Digitalisierung der Südlichen Ostseeregion
– South Baltic goes digital – Chancen und Risiken

**Resolution des
17. Parlamentsforums Südliche Ostsee
vom 23. bis 25. Juni 2019
unter dem Vorsitz des Landtages Mecklenburg-Vorpommern
Schwerin, Deutschland**

Das 17. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat vom 23. bis 25. Juni 2019 in Schwerin das Thema

„Die Digitalisierung der Südlichen Ostseeregion –
South Baltic goes digital - Chancen und Risiken“

beraten. Die Ergebnisse und Aussagen sollen unter anderem in die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz (www.bspc.net) einfließen.

Das Parlamentsforum hat auf der Grundlage von Beratungen mit Sachverständigen aus allen beteiligten Regionen gemeinsame Leitlinien formuliert mit dem Ziel, die Region der südlichen Ostsee als untereinander und international digital vernetzte Region zu positionieren, die die Chancen der Digitalisierung nutzt und sich ihrer Risiken bewusst ist. Die Leitlinien können eine thematische Bereicherung und Erweiterung der lettischen (bis 30. Juni 2019) und der dänischen (2019-2020) Präsidentschaft im Ostseerat (CBSS) darstellen.

Mit der Schlussresolution des 17. Parlamentsforums Südliche Ostsee werden Ergebnisse und Handlungsbedarfe für die Regionalentwicklung in der südlichen Ostsee zu dem Schwerpunktthema formuliert. Adressaten sind die jeweils verantwortlichen Entscheidungsträger auf den unterschiedlichen Stufen des europäischen Mehrebenensystems.

Dazu zählen im Einzelnen:

- Das Europäische Parlament und die EU-Kommission,
- Institutionen im Ostseeraum (Ostseerat CBSS, Helsinki Kommission zum Schutz der Meeresumwelt HELCOM, Raumordnungsministerkonferenz VASAB), Subregionale Ostseekooperation BSSSC, Ostseekommission der Konferenz peripherer Küstenregionen CPMR Baltic Sea Commission;
- Internationale Organisationen (IMO),
- die nationalen und regionalen Regierungen und Selbstverwaltungen ebenso wie die Partnerparlamente in der südlichen Ostsee.

Dafür sehen die beteiligten Regionen folgende Handlungsbedarfe:

I. Digitalisierung im Ostseeraum

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

1. ist der Auffassung, dass

- a) die in der Resolution des 16. Parlamentsforums Südliche Ostsee (Olsztyn, 13.-15. Mai 2018) vereinbarten Handlungsempfehlungen und Forderungen zur Verwirklichung eines einheitlichen digitalen Binnenmarkts, zur Digitalisierung, speziell zur Gestaltung der Informationsgesellschaft und des Zusammenlebens in den ländlichen Räumen, zum Datenschutz, zu Arbeit, Gesundheit und Kultur weiter Gültigkeit besitzen und umzusetzen sind;
- b) die digitalen Kompetenzen und die Fähigkeiten der Menschen entscheidend sind auf dem Weg zu einem digitalen Binnenmarkt (siehe COM (2015) 192 final). Denn bei allen ehrgeizigen Maßnahmen einzelner Regionen zur Entwicklung ultraschneller, sicherer und zuverlässiger Infrastrukturen und zur Maximierung des Wirtschaftswachstums sollte keine digitale Ausgrenzung in der Gesellschaft stattfinden. Ansonsten würden auch die Erfolge in den Bereichen Infrastruktur, elektronische Dienstleistungen, Rechtssicherheit, IT-Sicherheit und Innovation gefährdet;
- c) die Partnerregionen durch die Digitalisierung besser planen, vorhersagen und ausbauen können, den Anforderungen von Unternehmen und Mitarbeitern besser entsprechen können und vorrangige Logistikrouten festlegen und Produktionsprozesse optimieren können;
- d) durch digitale Technologien die Effizienz des Arbeitsmarktes verbessert werden kann, indem besser nach offenen Stellen auch in neuen Berufen und in Telearbeit und/oder außerhalb des Heimatortes gesucht werden kann;
- e) angesichts der fortschreitenden Digitalisierung entsprechend vorbereitete Fachkräfte erforderlich sind, die den Sprung in die digitale Zukunft, welche auf dem Einsatz neuer Technologien wie Roboter, Internet der Dinge, Augmented Reality basiert, schaffen können;
- f) die Digitalisierung ein erwünschtes Instrument auf dem Weg zu den Zielen sowohl im Bereich der Effizienzsteigerung der Volkswirtschaften des Ostseeraums als auch im Bereich des Umweltschutzes ist und darüber hinaus zu neuen Möglichkeiten der Willensbildung demokratischer Gesellschaften sowie zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürger beiträgt;
- g) die ländlichen Räume in die Lage versetzt werden müssen, die Digitalisierung für sich als Chance nutzen zu können, um sich Standortvorteile und Alleinstellungsmerkmale zu erarbeiten und somit eine Vorreiterrolle einzunehmen. Besonders im Bereich der Arbeitsplatzgestaltung und Ansiedlung von (Start-up-) Unternehmen bestehen große Chancen, sich mit attraktiven Alternativen in Szene zu setzen und mit angenehmer Arbeitsatmosphäre mitten in der Natur zu werben;
- h) dass die Digitalisierung und die damit einhergehende Möglichkeit zur ortsunabhängigen Kooperation das Zusammenwachsen der Region Südliche Ostsee

im wirtschaftlichen wie auch im kulturellen Bereich über Ländergrenzen hinweg befördern wird und somit das Band der Verständigung in der Region und die Zusammenarbeit deutlich stärkt und verbessert. In einem unsicherer werdenden globalen Umfeld gewinnt die Zusammenarbeit der Regionen des Parlamentsforums, die Zusammenarbeit von guten Nachbarn und verlässlichen Partnern, zunehmend an Bedeutung;

i) dass die Digitalisierung dabei hilft, die individuellen Stärken der Regionen des Parlamentsforums im wirtschaftlichen wie im wissenschaftlichen Bereich zukünftig noch stärker miteinander zu verknüpfen;

j) die Digitalisierung für die Tourismusbranche eine bedeutende Rolle spielt. Tourismus ist für die Regionen der Südlichen Ostsee ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Wesentliche Bestandteile sind

- die Erwartungen von Interessenten vor dem Besuch
- die Erwartungen von tatsächlichen Besuchern vor Ort und
- die Möglichkeiten für Anbieter von touristischen Leistungen;

k) **Interessenten für die Region** vor dem Besuch ein umfassendes Informationsangebot über touristische Angebote und Leistungen erwarten. Diese Informationen müssen es ermöglichen, den Besuch individuell zu planen und dabei auf die persönlichen Bedürfnisse anzupassen;

l) **Besucher vor Ort** eine überall verfügbare und unkompliziert zu nutzende, leistungsstarke digitale Infrastruktur erwarten, die es ermöglicht, neben touristischen Informationen auch gewohnte Kommunikationsdienste (z.B. Soziale Medien, Messenger, VPN-Verbindungen) und andere digitale Dienste (z.B. Streaming und Shopping-Dienste) uneingeschränkt sicher nutzen zu können. Dabei spielen sowohl WLAN-Verfügbarkeiten wie auch kostenfreies Roaming eine Rolle, ebenso wie Datenschutz- und Datensicherheits-Standards sowie die digitale Privatsphäre. Die Verfügbarkeit der gewohnten digitalen Umgebung ist ein zunehmend bedeutender Faktor im Wettbewerb um den Gast;

m) **Anbieter von touristischen Leistungen** Wettbewerbschancen dadurch steigern, dass ihre Leistungen einfach auffindbar sind und sie sich der Buchungs- und Kommunikationskanäle bedienen können, die für Gäste heute relevant sind. Besondere Herausforderungen entstehen durch

- das genaue Informationsbedürfnis der Besucher einschließlich anderer Besucherbewertungen,
- dem Erschließen verschiedener, auch neuer Vertriebswege und der
- Notwendigkeit zur Implementierung digitaler Echtzeit-Geschäftsprozesse (zB Online-Buchungs- und Zahlungssysteme).

Hinzu kommen die Möglichkeiten zu gezielter Betreuung und Kontaktpflege nach dem Besuch, um die Wahrscheinlichkeit erneuter Besuche zu erhöhen;

n) die Digitalisierung von Wissen und Wissensaustausch durch die Nutzung von Plattformen die Chance bietet, auf diesen Gebieten nicht nur grenzüberschreitend zu wirken und sich schneller und aktueller zu vernetzen, sondern auch nicht-akademisch vorgebildete Akteure mit einzubeziehen.

2. sieht den dringenden Bedarf,

- a) die Abhängigkeit von Telekommunikations- und Informationssystemen sowie die Gefahr von Ausfällen zentraler Stromversorgungssysteme zu reduzieren und eine Politik für die Dezentralisierung der Energiequellen (insbesondere der Kleinsolaranlagen und Kleinwasserkraftanlagen, die elektrischen Strom lokal erzeugen) voranzutreiben;
- b) eine gemeinsame Methodik zur Untersuchung der digitalen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Bürgerinnen und Bürger des Südlichen Ostseeraumes zu entwickeln, um feststellen zu können, inwieweit sie digitale Innovationen und Dienste, die von öffentlichen Verwaltungen angeboten und umgesetzt werden sollen, aktiv nutzen können. Eine Zielstellung soll sein, Empfehlungen zur benutzerfreundlichen Anpassung digitaler Technologien an die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Bürgerinnen und Bürger zu erarbeiten. Langfristig sollte ein gemeinsamer interregionaler Interoperabilitätsrahmen für digitale Dienstleistungen im südlichen Ostseeraum erarbeitet werden;
- c) den Bereich digitaler Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung und die Zuständigkeiten der unterschiedlichen Träger öffentlicher Verwaltung zu regeln;
- d) die Entwicklung digitaler Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung auf allen Ebenen stärker zu unterstützen und voranzutreiben;
- e) die ländlichen Räume, die die Digitalisierung aktiv für sich nutzen wollen, mit einer zeitgemäßen, flächendeckenden Datenanbindung auszustatten;
- f) die Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte Bildung und Ausbildung der kommenden Generationen bereits heute zu schaffen;
- g) die Anschlussfähigkeit ländlicher Gebiete an eine digitale Gesellschaft in allen Partnerregionen sicherzustellen.
- h) sich hinsichtlich der Ausgestaltung von Arbeitsbedingungen in einer digitalisierten Wirtschaft auf faire Rahmenbedingungen zu verständigen und unternehmerische Tätigkeit über Grenzen hinweg zu erleichtern;
- i) die auf der Hand liegenden Vorteile der Digitalisierung für den Bereich der Verwaltung konsequent zu nutzen und dabei die grenzüberschreitende Anschlussfähigkeit durch entsprechende Schnittstellen im Blick zu behalten;
- j) die Verfügbarkeit leistungsstarker, moderner digitaler Infrastruktur flächendeckend im Raum sicherzustellen;
- k) regions- und anbieterübergreifende touristische Konzepte (z.B. Ausflugs- oder Routenvorschläge) auch grenzübergreifend gemeinsam zu erarbeiten und digital auffindbar zu machen und auf die Errichtung eines gemeinsamen Informationsportals im Tourismussektor hinzuwirken;

l) auch außerhalb von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen mit digitalen Technologien allen Bürgerinnen und Bürgern des städtischen sowie ländlichen Raums lebenslanges Lernen und den Wissens- und Gedankenaustausch auf akademischem Niveau zu ermöglichen;

3. sieht es daher als erforderlich an,

a) die Arbeit am grenzübergreifenden digitalen Informationsaustausch im Bereich der medizinischen Versorgung und Gesundheit (einschließlich der Elektronischen Gesundheitsakte) für mobile Patienten auf dem Gebiet der Europäischen Union zu beginnen;

b) die Bildung in allen Bereichen bei der Nutzung neuer Technologien zu unterstützen, die Wirtschaft der Zukunft zu fördern und Unternehmen im digitalen Übergangsprozess zu unterstützen;

c) die auf regionaler Ebene beim Aufbau von Plattformen zur Bereitstellung von E-Services der öffentlichen Verwaltung unternommenen Anstrengungen mit den auf nationaler und interregionaler Ebene diesbezüglich ergriffenen Maßnahmen zu koordinieren;

d) in Erwägung zu ziehen, Kriterien und organisatorische Möglichkeiten zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe unter Einbezug von Regionalbehörden, regionaler Statistikzentren und ausgewählter Forschungseinrichtungen zu prüfen, um gemeinsam Standards zur Untersuchung der digitalen Kompetenzen der Bürger/innen der einzelnen Regionen der Südlichen Ostsee zu entwickeln;

e) einen grenzüberschreitenden Austausch zum Thema Digitalisierung zwischen den ländlichen Räumen voranzutreiben, um von Erfahrungswerten und Erfolgsbeispielen zu profitieren;

f) Modellregionen zu identifizieren, die bereits digitale Projekte erfolgreich auf den Weg gebracht haben und bereit sind, ihre Ergebnisse zur Verfügung zu stellen,

g) die Chancen der Digitalisierung als einen entscheidenden Faktor für den langfristigen Erfolg der Tourismuswirtschaft im Ostseeraum zu erkennen und zu nutzen. Tourismus muss „vom Kunden her“ gedacht und digitale Leistungen konsequent kundenorientiert erstellt und ausgerichtet werden.

h) gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, allen Partnerregionen die Möglichkeit zu bieten, über die jeweiligen Universitäten Projekte zu initiieren, mit denen den Bürgerinnen und Bürger lebenslanges Lernen und Austausch auf akademischem Niveau auch außerhalb von Universitäten und Wissenschaftseinrichtungen auf akademischem Niveau ermöglicht wird;

4. appelliert an die Regierungen auf regionaler und nationaler Ebene sowie die Europäische Kommission,

a) die Grundsätze für die Bereitstellung und Nutzung der regionalen Plattformen für öffentliche elektronische Dienste im Detail zu regeln sowie Umfang und Grenzen

der elektronischen Dienstleistungen zu bestimmen, die auf nationaler und regionaler Ebene durch die öffentliche Verwaltung bereitgestellt werden;

b) strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, die die ländlichen Gebiete in die Lage versetzen, Standortvorteile und Alleinstellungsmerkmale so zu nutzen, dass individuelle digitale Lösungen erarbeitet und regionale Angebote digital miteinander vernetzt werden können;

c) Aktivitäten im Bildungs- und Ausbildungsbereich in weiterführenden Schulen weiter zu entwickeln, die der Verbreitung von neuen Fähigkeiten und Kenntnissen über zentrale und regionale Systeme und sichere Methoden der digitalen Kommunikation mit Behörden und Gesundheitseinrichtungen mit dem Ziel dienen, das digitale Bewusstsein zu stärken;

d) den Ausbau der digitalen Infrastruktur auch in den touristischen Gebieten als einen wesentlichen Wettbewerbsfaktor vorrangig voranzutreiben und zu unterstützen;

e) insbesondere für grenzüberschreitende touristische Gebiete Rahmenbedingungen zu schaffen, die Datenschutz und Datensicherheit in allen Anwendungsgebieten für alle Akteure fördern (z.B. gemeinsame Datenschutzstandards für öffentliche touristische Informationsangebote);

f) Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen bei ihren Internationalisierungs- und Kooperationsstrategien zu unterstützen, indem Rahmenbedingungen verbessert werden. Dies gilt insbesondere für digitale Plattformen;

II. Vonseiten des Jugendforums wurden folgende Vorschläge vorgelegt:

a) Aufbau und Stärkung einer symbiotischen Verbindung zwischen öffentlichem und privatem Sektor auf internationaler Ebene, um zu einer digitaleren Gesellschaft zu gelangen. Vernetzung von Start-Up-Zentren, die Werkzeuge, Wissen und Infrastruktur für Unternehmerinnen und Unternehmer im gesamten Ostseeraum zur Verfügung stellen. Jede Region kann einen einfach zugänglichen E-Service für alle Verwaltungsbehörden einrichten, die Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger erbringen. Die Regierungen können diese E-Services für neue Formen der Beteiligung nutzen.

b) Förderung des Verbleibs und der beruflichen Weiterentwicklung von Spezialistinnen und Spezialisten für Digital und Informationstechnologien im gesamten Ostseeraum durch die Unterstützung von Start-ups mit der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten in relevanten Branchen.

c) Demokratisierung der Bildung durch Übergang von traditionellen Bildungssystemen hin zu digitalen Bildungsplattformen. Diese Plattformen können in disruptiven digitalen Zeiten die gesamte Gesellschaft bilden und weiterbilden, indem Technologien verfügbar und für jedermann zugänglich gemacht werden. Diese digitalen Plattformen sollten in allen im gesamten Ostseeraum verwendeten Sprachen verfügbar sein und von traditionellen Bildungseinrichtungen so häufig wie möglich genutzt werden.

d) Verwendung digitaler Tools zur Erzielung einer besseren Nachhaltigkeit. Diese digitalen Werkzeuge können intelligente Energielösungen, intelligentes Heizen und Kühlen sowie eine biobasierte Wirtschaft stärken.

e) Erstellung einer umfangreichen mehrsprachigen Webplattform, die unter anderem Verbesserung von Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten, touristische Erfahrungen sowie interkulturelle Kommunikation umfasst - Entwicklung und Implementierung der vertrauenswürdigen Nachrichtenquellen zur Reduzierung der schädlichen Auswirkungen von Fake News.

III. 18. Parlamentsforum Südliche Ostsee

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee dankt dem Sejmik der Woiwodschaft Pommern für die Bereitschaft, das 18. Parlamentsforum im Jahr 2020 auszurichten.



Landtag Schleswig-Holstein



Bürgerschaft der Freien
und Hansestadt Hamburg



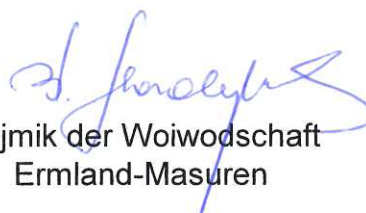
Landtag Mecklenburg-Vorpommern



Sejmik der
Woiwodschaft Westpommern



Sejmik der Woiwodschaft Pommern



Sejmik der Woiwodschaft
Ermland-Masuren



Kaliningrader Gebietsduma